

# Protokoll

über die

## außerordentliche Generalversammlung

der

Handwerkskammer

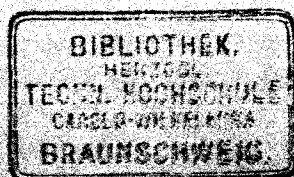
für das Herzogtum Braunschweig

Montag, den 4. Dezember 1911

vormittags 11 Uhr

im

„Gildehaus“ zu Braunschweig





# Tagesordnung.

---

1. Vorstands-Ergänzungswahl.
  2. Bericht über das Rechnungswesen der Handwerkskammer.
  3. Bericht der Kommission für die Errichtung eines Handwerker-Erholungsheims im Harz.
  4. Verschiedenes.
- 

Anwesend sind die Herren: Eicke, Froböse, Göcke, Horney, Meyer, Burgdorf, Vehe, Zencker, Wienecke, Märtens, Berger, Wolf, Sprötge, Braukmeier, Ohse, Hinkel und Meyerhoff, sämtlich aus Braunschweig, Fischer aus Hagen, Kronemann, Kiehne, Kauffmann und Noack aus Wolfenbüttel, Cassel aus Schöppenstedt, Geffers, Hardeweg und Kretzer aus Helmstedt, Bierwagen aus Schöningen, Birkholz aus Königslutter, Bethge aus Calvörde, Rose und Bierberg aus Gandersheim, Wilhelm, Schröder und Winkler aus Seesen a. H., Lutterberg, Ehlers und Kumlehn aus Holzminden, Blume aus Stadtoldendorf, Kaulitz, Liessmann und Heuwold aus Blankenburg a. H., sowie der Kommissar der Handwerkskammer, Herr Geh. Regierungsrat Dr. Stegemann, vom Bureau der Handwerkskammer der mitunterzeichnete Sekretär, Herr Assessor Baumgarten und der Bureaugehilfe Frühling als Protokollführer.

Entschuldigt fehlen die Herren Herbst aus Braunschweig, Müller, Seubert und Kantner aus Wolfenbüttel, Block aus Schöningen und Ewig aus Gandersheim und sind für dieselben mit Ausnahme der Herren Müller und Kantner, die erst in letzter Stunde am Erscheinen behindert waren, deren Ersatzmänner, die Herren Staats aus Wolfenbüttel, Schmidt aus Schöppenstedt, Kayser aus Helmstedt und Müller aus Gandersheim erschienen.

Der Vorsitzende, Herr Eicke, eröffnet um 11<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Uhr die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und heißt insbesondere den Kommissar der Kammer, Herrn Geh. Regierungsrat Dr. Stegemann, willkommen. Dann stellt er fest, daß die Versammlung gemäß § 23 der Satzungen ordnungsmäßig durch schriftliche Einladung sämtlicher Kammermitglieder vom 23. November d. Js., als auch durch Bekanntmachung in den Braunschw. Anzeigen vom 25. November d. Js. und im Handwerks-Boten vom 1. Dezember d. Js. einberufen ist. Hiernach gibt er bekannt, daß entschuldigt die bereits oben angeführten Herren fehlen und durch den Tod inzwischen die Herren Osterloh und Behrens ausgeschieden sind.

Nachdem dann die Anwesenheitsliste in Umlauf gesetzt, wird in die Tagesordnung eingetreten.

## 1. Vorstands-Ergänzungswahl.

Der Vorsitzende teilt hierzu zunächst mit, daß er auf die Ereignisse, die sich in den letzten Monaten abgespielt hätten, jetzt nicht weiter eingehen wolle. Es handle sich nun darum, die durch den Tod der Herren Osterloh und Behrens erforderliche Neuwahl zweier Vorstandsmitglieder aus der Stadt Braunschweig, sowie die Neuwahl des Vorsitzenden vorzunehmen.

Bei der Wahl des Vorsitzenden übernimmt Herr Froböse den Vorsitz, der darauf aufmerksam macht, daß nach den letzten Ereignissen eine gewisse Vorsicht bei der Wahl des Vorsitzenden geboten sei. In der Hauptsache müsse das Augenmerk auf einen Mann gerichtet werden, der nicht zu sehr von seinem Geschäfte abhängig wäre, damit er die Stunden, die er als Leiter der Handwerkskammer dieser widmen müsse, auch wirklich zur Verfügung hätte. Auch sonst müsse er Kraft und Energie genug besitzen, um diesen Posten ausfüllen zu können. Er ersucht dann um Vorschläge.

Herr Kronemann-Wolfenbüttel schlägt im Namen sämtlicher Vorstandsmitglieder Herrn Eicke zum Vorsitzenden vor. Er selbst habe lange Jahre mit Herrn Eicke zusammen im Vorstande gearbeitet und die Ueberzeugung gewonnen, daß dieses der richtige Mann für den Posten wäre. Von besonderem Werte sei, daß Herr Eicke auch den auswärtigen Innungen großes Interesse entgegenbrächte. Die späteren Erfahrungen würden zeigen, daß die Versammlung mit dieser Wahl das richtige getroffen hätte.

Herr Cassel-Schöppenstedt weist darauf hin, daß die auswärtigen Kammermitglieder nicht so genau beurteilen könnten, wer wohl am besten für den Posten eines Kammervorsitzenden sich eignete. Sei der Vorschlag des Herrn Kronemann indes der des Vorstandes der Kammer, so akzeptiere er denselben.

Herr Kiehne-Wolfenbüttel unterstützt den Vorschlag des Herrn Kronemann ebenfalls und ist auch der Ansicht, daß alle Anwesenden Herrn Eicke das vollste Vertrauen schenken könnten.

Herr Wienecke-Braunschweig hält es für richtiger, wenn vor der Neuwahl über Punkt 2 der Tagesordnung verhandelt würde.

Herr Kaulitz-Blankenburg entgegnet, daß dieses keinen Wert hätte, da die Verhandlungen dieses Punktes auf die Wahl keinen Einfluß haben würden.

Mit dieser Erklärung gibt sich Herr Wienecke zufrieden.

Herr Hardeweg-Helmstedt bittet gleichfalls Herrn Eicke zu wählen und betont insbesondere, daß Herr Eicke seit dem Tode des früheren Vorsitzenden die Geschäfte der Kammer zur allgemeinen Zufriedenheit geleitet hätte.

Herr Meyer-Braunschweig macht darauf aufmerksam, daß Herr Eicke zum 1. April n. Js. als Kammermitglied ausscheide und daß die eigentliche Neuwahl des Vorsitzenden erst nach der Neuwahl der Kammermitglieder, die zum 1. April d. Js. erfolgte, vorgenommen werden müßte.

Der Sekretär erwidert hierauf, daß die Amtsperiode der zeitigen Kammermitglieder bis zum 1. April n. Js. liefe. Die jetzige Wahl des Vorsitzenden gelte demnach auch nur bis zu diesem Zeitpunkt, sie müsse jedoch vorgenommen werden, damit bis dahin ein ordnungsmäßig gewählter Vorsitzender vorhanden sei.

Herr Kronemann-Wolfenbüttel ersucht nochmals, sich durch nichts beeinflussen zu lassen und Herrn Eicke zum Vorsitzenden zu wählen.

Herr Vehe-Braunschweig bittet, die Wahl durch Zuruf vorzunehmen, da weitere Vorschläge nicht gemacht seien.

Herr Meyer-Braunschweig macht jedoch auf § 27 der Statuten der Kammer aufmerksam, wonach die Wahl durch Stimmzettel vorgenommen werden muß.

Nachdem dann zu Leitern der Wahlhandlung die Herren Märtens und Hinkel gewählt sind, wird die Wahl vorgenommen.

Herr Märtens-Braunschweig gibt nach Beendigung derselben das Ergebnis bekannt. Danach sind insgesamt 45 Stimmen abgegeben und hat Herr Eicke 42, Herr Meyer 3 Stimmen erhalten. Herr Eicke ist somit zum Vorsitzenden der Handwerkskammer gewählt. Er dankt für das ihm dadurch bewiesene Vertrauen und erklärt, daß er es nach besten Kräften versuchen wolle, seinem Auftrage gerecht zu werden und die Geschäfte der Kammer zu aller Zufriedenheit zu leiten.

Herr Eicke übernimmt sodann wieder den Vorsitz. Er gibt zunächst bekannt, daß, wie die Statuten es vorschrieben, der Vorstand sich bis zur heutigen Vollversammlung durch Zuwahl der Herren Horney und Meyer ergänzt habe. Heute müßte nun jedoch seitens der Versammlung die Wahl zweier Vorstandsmitglieder vorgenommen werden.

Herr Wolf-Braunschweig bittet jeden Herrn einzeln zu wählen, worauf jedoch der Sekretär erwidert, daß nach § 12 der Statuten die Mitglieder des Vorstandes gemeinschaftlich gewählt werden müßten.

Herr Kiehne-Wolfenbüttel ersucht in den engeren Vorstand einen auswärtigen Herrn mit hinein zu wählen; nachdem er jedoch darauf aufmerksam gemacht, daß dies augenblicklich nicht in Frage kommen könne, da dem Vorstande fünf Mitglieder aus der Stadt Braunschweig angehören müßten, bringt er Herrn Meyerhoff in Vorschlag.

Herr Vehe-Braunschweig bittet Herrn Märtens, den er als einen Mann kennen gelernt habe, der auch seinem Freunde einmal eine unangenehme Wahrheit sage, mit zu berücksichtigen.

Herr Wolf-Braunschweig ersucht ebenfalls Herrn Märtens zu wählen, und zwar an Stelle von Herrn Horney, denn da letzterer an der Spitze der Innungsbank gestanden, könne er seines Erachtens nicht mit für das Amt eines Vorstandsmitgliedes der Handwerkskammer in Frage kommen.

Herr Meyerhoff-Braunschweig hält dieses nicht für richtig. Nach seiner Meinung sei Herr Märtens ebenso wie Herr Horney an der Innungsbank beteiligt gewesen und wenn Herr Wolf ein Vorgehen in dieser Weise wünsche, so dürfe überhaupt niemand gewählt werden, der mit dem Verstorbenen in näherer Beziehung gestanden hätte.

Herr Kronemann-Wolfenbüttel ersucht Herrn Meyerhoff und Herrn Horney zu wählen.

Nachdem dann die Wahl durch Stimmzettel vorgenommen, gibt Herr Hinkel folgendes Resultat bekannt:

Herr Meyerhoff hat 27 Stimmen erhalten,

„ Horney	„ 23	„	„
„ Märtens	„ 22	„	„
„ Meyer	„ 14	„	„
„ Burgdorf	„ 2	„	„
„ Braukmeier	„ 1 Stimme	„	„
„ Schröder	„ 1	„	„

Danach sind die Herren Meyerhoff und Horney als Vorstandsmitglieder gewählt. Beide Herren nehmen die Wahl dankend an.

## II. Bericht über das Rechnungswesen der Handwerkskammer.

Der Sekretär der Kammer, Herr Assessor Baumgarten erstattet hierzu nachstehenden Bericht:

„Meine sehr geehrten Herren! Durch das an sämtliche Mitglieder der Kammer gerichtete Rundschreiben vom 4. Oktober d. Js. war Ihnen ja im allgemeinen schon in knapper Darstellung davon Kenntnis gegeben, daß der verstorbene Kammervorsitzende sich leider auch an den Kammergeldern vergriffen hat. Am Schluß dieses Schreibens war Ihnen dann weitere Nachricht über die Geldangelegenheit in Aussicht gestellt. Da hierbei natürlich auch die sehr diffizile Frage hätte erledigt werden müssen, ob und in welcher Weise die veruntreuten Gelder wieder zu beschaffen seien, aber der Vorstand nicht gewillt war, allein darüber Entscheidung zu treffen, so ist aus dem Grunde in erster Linie mit die heutige außerordentliche Vollversammlung anberaumt.

Es liegt mir nun ob, Sie im Namen des Vorstandes über die finanzielle Lage der Kammer völlig aufzuklären, damit Sie darauf hin nach der einen oder anderen Richtung hin, Ihre Beschlüsse fassen können.

Um bestimmt die Höhe der veruntreuten Gelder feststellen zu können, wurden sofort nach dem Tode des früheren Kammervorsitzenden sämtliche Rechnungsbücher über die Einnahmen und Ausgaben der Kammer sowohl des Haupt- wie auch der einzelnen Nebenetats rechnerisch geprüft und daraufhin ein Rechnungsabschluß gemacht. Diese Arbeit war sehr umfangreich. Sie werden dieses daraus ersehen können, daß dieselbe die Zeit bis zum 18. Oktober d. Js. in Anspruch nahm. An diesem Tage wurde dann ein Kassensturz vorgenommen und durch Vergleichung von Soll- und Ist-Betrag die Höhe der fehlenden Gelder konstatiert. Der Uebersichtlichkeit wegen soll auf diese einzelnen Feststellungen näher eingegangen werden.

Vorweg ist zu bemerken, daß der Hauptetat der Kammer zunächst unberücksichtigt bleiben wird. Die nachfolgenden Angaben berühren also vorläufig nur die Nebenetats der Kammer, die sich vornehmlich auf die Prüfungsgebühren aus Gesellen- und Meisterprüfungen, Einschreibgebühren für Nichtinnungslehrlinge, Stipendienfonds, Leitfäden für

die Gesellenprüfungen, sonstige Drucksachen aller Art, Handwerker-Lehrlingsheim, Versicherungsprämien u. a. m. erstrecken.

Die nachstehenden Zahlen wollen Sie bitte recht genau beachten, um alles weitere desto besser verfolgen zu können.

Der Rechnungsabschluß am 1. April d. Js. stellte sich in Einnahmen  
auf ..... 18081,65 Mk.  
und in Ausgaben auf ..... 6431,73 „

Es hätte demnach der Barbestand der Nebenetats der Kammer am  
1. April 1911 ..... 11649,92 Mk.  
betragen müssen.

Der Rechnungsabschluß für die Zeit vom 1. April bis 18. Oktober  
d. Js., dem Tage des Kassensturzes, belief sich

in Einnahmen auf ..... 6530,38 Mk.  
in Ausgaben auf ..... 4602,46 „

Der Bestand am 18. Oktober d. Js. betrug somit ..... 1927,92 „

Am 18. Oktober d. Js. hätte also insgesamt ..... 13577,84 Mk.  
an barem Gelde vorhanden sein müssen.

Der Kassensturz ergab aber nur ..... 8523,49 „

Der Fehlbetrag stellte sich demnach auf ..... 5054,35 Mk.

Außerdem fehlten aber noch vom Stipendienfonds .. 3866,50 Mk.

von der Wirtschaftskasse des Gildehauses ..... 1212,35 „

von den Beiträgen für das Handwerker-Erholungsheim,

Kinderferienheim, Altersheim ..... 4063,14 „ 9141,99 „

Insgesamt also: ..... 14196,34 Mk.

Hierbei möge nun gleich eingeschaltet sein, daß die Gelder des Erholungsheims  
usw. durch Aufrechnung mit Osterlohschen Gegenrechnungen in Höhe von 3992,51 Mk.  
bis auf 70,60 Mk. als gedeckt anzusehen sind.

Der verstorbene Vorsitzende hat sich eben mit den Geldern des Erholungsheimes usw.  
für seine Forderungen an die Kammer vorher bezahlt gemacht, aber leider keine  
Quittungen darüber ausgestellt.

Schließlich sind noch laut der vorliegenden Depositenbücher bei der Innungsbank  
hierselbst größere Beträge hinterlegt gewesen. Hier wären in erster Linie anzuführen  
Gelder vom Hauptetat der Handwerkskammer und zwar der Kassenbestand vom  
1. April d. Js., der damals erreicht hatte die Höhe von ..... 5782,52 Mk.

ferner aus dem Jahre 1906 stammende Einnahmen für den Betrieb des  
Handwerker-Lehrlingsheims in Höhe von ..... 2800,00 „

und außerdem ein schon im Jahre 1907 vom Herzoglichen Staatsministerium

für Vorträge bestimmter Betrag von 1000 Mk., der inzwischen durch

eine davon bestrittene Ausgabe von 77 Mk. reduziert war auf ... 923,00 „

Die gesamten bei der Innungsbank belegten Gelder beliefen sich demnach auf 9505,52 Mk.

Da nun gerade die Innungsbank durch die Osterlohschen Veruntreuungen die  
größten Verluste erlitten und deshalb von vornherein zu erwarten stand, daß die dort  
belegten Gelder nicht völlig wieder gedeckt werden würden, so muß auch der an-  
gegebene Betrag von 9505,52 Mk. den übrigen fehlenden Geldern hinzugerechnet werden.

Die gesamten veruntreuten Gelder betragen somit

23701,86 Mk.

Da indes die Osterlohschen Gegenrechnungen, wie schon gesagt, mit dieser Summe  
kompensiert werden, so stellte sich am Tage des Kassensturzes der Gesamtbetrag der  
fehlenden Gelder auf

19709,35 Mk.

Aus dem Gesagten ergibt sich somit, daß hinsichtlich der Veruntreuungen zwei  
Hauptposten voneinander getrennt werden müssen:

1. die nach Kompensation mit den erwähnten Osterlohschen Gegenrechnungen  
noch verbleibenden Gelder der Nebenetats der Handwerkskammer in Höhe  
von 10203,83 Mk.;

2. die bei der Innungsbank hinterlegt gewesenen Gelder in Höhe von 9505,52 Mk.

Was den ersten Hauptposten anlangt, so hätte derselbe aus dem Osterlohschen Nachlaß voll gedeckt werden müssen. Nach dem der Kammer zugänglich gemachten Status der Nachlaßmasse würde die Kammer im Falle der Konkursöffnung kaum 10 Prozent bekommen haben. Der Vorstand hat sich deshalb mit der von einem Schwager des verstorbenen Vorsitzenden, dem Kaufmann Hans Sander hier, empfohlen außergerichtlichen Regelung einverstanden erklärt und mit Rücksicht auf die von diesem schriftlich abgegebene Erklärung, daß von den Osterlohschen Gläubigern niemand, der eine Forderung in annähernd derselben Höhe oder darüber habe, eine höhere Quote als die Kammer bekäme, die Gesamtforderung abzüglich der Osterlohschen Gegenrechnungen käuflich an Herrn Sander zum Kaufpreise von 1530,57 Mk. = 15 Prozent, unter gleichzeitiger Verzichtleistung auf Geltendmachung weiterer Ansprüche, abgetreten und daraufhin das Geld am 30. v. M. ausgezahlt erhalten.

Dadurch ist der erste Hauptposten schon auf 8673,26 Mk. reduziert.

Selbstverständlich ist der Stipendienfonds durch Ueberweisung der fehlenden Summe von 3866,50 Mk. aus den Ueberschüssen der Nebenetats wieder allmählich aufzufüllen. Durch die in der Wirtschaftskasse des Gildehauses fehlenden Gelder (1212,35 Mk.) wird niemand geschädigt. Wenn die Versammlung zustimmen würde, könnte dieser Betrag also niedergeschlagen werden. Da dieses unbedenklich geschehen kann, so würden nach Abzug dieser beiden Posten noch 3594,41 Mk. übrig bleiben, die in irgend einer Weise zu decken wären oder auch ganz niedergeschlagen werden könnten.

Bezüglich des zweiten Hauptpostens in Höhe von 9505,52 Mk., die bei der Innungsbank hinterlegt waren, möge folgendes bemerkt sein:

Vom Aufsichtsrat der Innungsbank war der Kammer schon am 20. Oktober d. Js. ein Schreiben zugegangen, das nachstehenden Wortlaut hatte:

„Nach den vorliegenden Büchern ist von der Handwerkskammer die Summe von 9505,52 Mk. bei der Innungsbank verzinslich belegt.

Wie dem verehrlichen Vorstände bekannt, hat die Innungsbank durch ihren verstorbenen Vorsitzenden sehr große Verluste gehabt und es ist daher der Vorstand und Aufsichtsrat bemüht, die Gläubiger bestmöglichst zu befriedigen. Es wird mit diesen ein Akkord angestrebt, der voraussichtlich in allernächster Zeit zum Abschluß kommen wird.

Die Summe, die zu decken ist, beträgt ca. 190000 Mk., vorausgesetzt, daß sich aus dem Osterlohschen Nachlasse eine nicht unbedeutende Summe für die Innungsbank ergibt.

Vorstand und Aufsichtsrat haben zu dem verstorbenen Osterloh, der sich allgemein großer Beliebtheit erfreute, das größte Vertrauen zu ordnungsmäßiger Buch- und Kassenführung für die Innungsbank gehabt und sie konnten dies umsomehr, als die von Osterloh abgelegten Jahresrechnungen stets vom beeidigten Bücherrevisor Heine geprüft und für richtig befunden sind.

Um so schmerzlicher empfinden wir es jetzt, von dem Verstorbenen so hintergangen zu sein und hierfür jetzt ganz bedeutende pekuniäre Opfer bringen zu müssen.

Die Mitglieder der Bank haben bereits mit wenigen Ausnahmen auf einen großen Teil ihrer Spareinlagen verzichtet und so wenden wir uns auch vertrauensvoll an den geehrten Vorstand der Handwerkskammer mit der ergebenen Bitte, geneigtest dortseits einen Verzicht auf Rückzahlung der obigen Forderung der Handwerkskammer aussprechen zu wollen.

Führt der von uns eingeschlagene Weg auf Befriedigung der Gläubiger zum Ziele, woran wir nicht mehr zweifeln, so wird hoffentlich der Konkurs und auch viele Prozesse vermieden und es gelangt dann die Sache Osterloh im Interesse des ganzen Handwerks und ohne in der Öffentlichkeit weiter breit getreten zu werden, zur Erledigung.

Wir bitten daher nochmals, uns in diesem unserm Vorhaben durch Gewährung unserer Bitte unterstützen zu wollen.“

Ueber das in diesem Schreiben ausgesprochene Ersuchen wurde in einer auf den 24. Oktober d. Js. anberaumten Vorstandssitzung eingehend beraten und dort die Ansicht vertreten, daß nur die Hälfte der hinterlegten Gelder von der Innungsbank zurückgefordert werden sollte, eventl. auch auf die Rückzahlung des ganzen Betrages verzichtet werden könnte, zugleich aber auch der Beschluß gefaßt, die Genehmigung zu diesem Vorgehen beim Herzoglichen Staatsministerium einzuholen.

Gelegentlich einer im vorigen Monat im Gebäude des Herzoglichen Staatsministeriums stattgehabten Besprechung, an der der Kommissar der Kammer, Herr Geh. Regierungsrat Dr. Stegemann, Herr Eicke und ich teilnahmen und in der die finanzielle



Lage der Kammer genau erörtert ward, sprach sich indes Se. Exzellenz, der Herr Staatsminister Hartweg als Aufsichtsbehörde der Kammer dahin aus, daß er nicht ohne weiteres weder nach der einen, noch nach der anderen Seite hin seine Zustimmung zu dem Vorstandsbeschlusse geben könne.

Da jedoch seitens des Aufsichtsrates der Innungsbank in einer erneut an die Kammer gerichteten Eingabe um völlige Niederschlagung der besagten Gelder gebeten und die Eingabe an Herzogliches Staatsministerium weiter gereicht ward, hat Se. Exzellenz, der Herr Staatsminister sich vorbehalten, erst nach der Beschlußfassung der heutigen Vollversammlung definitive Stellung zu dieser Frage nehmen zu wollen.

Damit nun jeder von ihnen völlig orientiert ist, um seine Stimme für oder gegen die in der Eingabe der Innungsbank ausgesprochene Bitte abgeben zu können, dürfte auch hier ein näheres Eingehen auf die einzelnen Unterposten notwendig sein.

Auf die Wiedererstattung des aus ministeriell bewilligten Geldern bestehenden Betrages von 923 Mk., der vom verstorbenen Vorsitzenden als Vortragsfonds bezeichnet war, weil davon etwaige Unkosten für von der Kammer veranstaltete Vorträge bestritten werden sollten, könnte vielleicht ganz verzichtet werden, da durch dessen Fehlen irgendwelche direkte Benachteiligung nicht eintritt.

Besondere Beachtung verdient auch die Summe von 5782,52 Mk., die den Kassenbestand des Hauptetats der Handwerkskammer am 1. April d. Js. bildete. Denn dessen Hinterlegung bei der Innungsbank ist gelegentlich der diesjährigen Vollversammlung vom 12. Juni durch den Referenten des Rechnungsausschusses, wie das Protokoll beweist, ausdrücklich hervorgehoben, somit durch die diesem Ausschusse wie auch dem Rechnungsführer erteilte Entlastung sanktioniert. Für die Rückerstattung des Betrages dürften daher event. sämtliche Mitglieder der Handwerkskammer aufzukommen haben, falls nicht Niederschlagung beschlossen wird.

Endlich bleibt noch der Betrag von 2800 Mk. übrig; es sind dieses Gelder, die schon im Jahre 1906 vom verstorbenen Vorsitzenden bei der Innungsbank hinterlegt und vom hiesigen Stadtmagistrat als Zuschuß für den Betrieb des damals in diesem Saale untergebrachten Handwerker-Lehrlingsheims bewilligt waren.

Ob dieser Posten vielleicht durch Auffüllung aus früheren Ueberschüssen der Nebenetats zu decken oder ebenfalls niederschlagen ist, dürfte der Beschlußfassung der geehrten Versammlung vorbehalten bleiben.

Nach dem Vorgetragenen haben Sie, meine Herren, hoffentlich alle ein einigermaßen klares Bild von der durch die Osterlohschen Veruntreuungen geschaffenen finanziellen Lage der Handwerkskammer gewonnen, so daß Sie nunmehr imstande sein werden, einen Beschluß in der Sache zu fassen, damit daraufhin Se. Exzellenz, der Herr Staatsminister auch seinerseits eine definitive Entscheidung in der Angelegenheit treffen kann und auf diese Weise die tief beklagenswerte Affäre Osterloh, die in das gesamte Braunschweiger Handwerk und deren Organisationen eine große Beunruhigung gebracht hat und deren indirekte Folgen jedenfalls noch längere Zeit sich fühlbar machen werden, für alle Zeiten ihren Abschluß findet.

Der Vorsitzende stellt hiernach die Anfrage, ob noch näherer Aufschluß gewünscht würde.

Herr Wienecke-Braunschweig bedauert zunächst, daß die bekannt gegebenen Zahlen den Kammermitgliedern nicht ein paar Tage vor der Vollversammlung schriftlich zugegangen seien, da sie sich nach dem Vorgetragenen doch kein klares Bild daraus machen könnten.

Herr Kiehne-Wolfenbüttel ist der Ansicht, daß es richtiger sei, daß dieses nicht geschehen, da sonst die Angelegenheit unnütz nur noch mehr in der Öffentlichkeit erörtert worden wäre. Er bittet den Vorstand um Rat, wie in der Angelegenheit nun weiter zu verfahren sei.

Der Vorsitzende entgegnet hierauf, daß die Stimmung im Vorstande dahin gehe die Beträge niederschlagen, endgültig darüber beschließen solle jedoch die heutige Versammlung. Nach der jetzt eingerichteten Buchführung sei es jedenfalls ausgeschlossen, daß in Zukunft sich etwas derartiges wiederholen könnte.



Der Sekretär verliest danach die am 21. November d. Js. aufgestellten Bilanzen der Handwerkskammer und des Handwerker-Lehrlingsheims, die folgendermaßen lauten:

### I. Bilanz der Handwerkskammer.

#### Aktiva:

Herzogliche Haupt-Finanz-Kasse .....	20677,94 Mk.
Inventar-Konto .....	10496,— „
Depositen-Konto .....	8000,— „
Bureau-Utensilien-Konto .....	3244,01 „
Effekten-Konto .....	16713,— „
Kassa-Konto .....	1729,33 „
Bibliothek-Konto .....	1500,— „

Summa der Aktiva: 62360,28 Mk.

#### Passiva:

Stipendienfonds-Konto .....	8000,— Mk.
Erholungsheim-Konto .....	5000,— „
Hilfsfonds-Konto für unterstützungsbe- dürftige Handwerksmeister .....	900,— „

Summa der Passiva: 13900,— Mk.

Aktiva: 62360,28 Mk.

Passiva: 13900,— „

Vermögen: 48460,28 Mk.

### II. Bilanz des Handwerker-Lehrlingheims.

#### Aktiva:

Inventar-Konto .....	15167,— Mk.
Bibliothek-Konto .....	184,— „

Summa der Aktiva: 15351,— Mk.

#### Passiva:

Keine vorhanden.

Aktiva: 15351,— Mk.

Passiva: — „

Vermögen: 15351,— Mk.

Der Sekretär bemerkt weiter hierzu, daß die Anwesenden daraus ersähen, daß die Handwerkskammer noch ein beträchtliches Vermögen besäße, und daß daher der Vorschlag des Vorstandes, die veruntreuten Beträge soweit keine Schädigung dadurch hervorgerufen werde, niederzuschlagen, nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen sei.

Herr Meyerhoff-Braunschweig entgegnet zunächst Herrn Wienecke, daß er es nicht für richtig gehalten hätte, wenn der von dem Sekretär erstattete Bericht den Mitgliedern vorher schriftlich zugegangen wäre, da dieselben dann bereits mit einem gewissen Vorurteile zur heutigen Versammlung erschienen seien. Alsdann bittet er, über die unglückliche Angelegenheit einen Schleier zu decken, die Beträge niederzuschlagen und die Angelegenheit nicht weiter zu erörtern.

Herr Meyer-Braunschweig erklärt, daß er auf demselben Standpunkte stehe wie Herr Meyerhoff, nur müsse er Protest dagegen erheben, daß der Sekretär ausgeführt habe, die gesamten Mitglieder hafteten für die veruntreuten Beträge. Dieses sei auf keinen Fall richtig; denn nur der Vorstand komme dafür in Frage. — Der Sekretär entgegnet hierauf, daß dieses nach den Bestimmungen der Statuten der Kammer richtig sei.

Herr Birkholz-Königslutter kann sich nicht damit einverstanden erklären, daß die Angelegenheit totgeschwiegen werden soll. Er hält es vielmehr für richtiger, wenn sie vollständig klargestellt wird.

Herr Schröder-Seesen bittet, ebenfalls die Beträge niederzuschlagen.

Herr Cassel-Schöppenstedt schließt sich diesem ebenfalls an und führt weiter aus, daß die jetzige Zusammensetzung des Vorstandes ihm Gewähr dafür biete, daß nicht wieder in solcher Weise gehandelt werden könnte. Es sei dieses eine Lehre für alle gewesen, daß sie das Amt, was sie übernahmen, auch nach bestem Wissen zu verwalten hätten. Er gibt seiner Freude Ausdruck über das nunmehr eingeführte Rechnungswesen. Er ist jedoch nicht der Ansicht, daß eventuell, wie es in dem erstatteten Berichte heiße, die sämtlichen Kammermitglieder dafür mit verantwortlich gemacht werden könnten, denn wenn diese die Genehmigung dazu erteilt hätten, daß die Beträge bei der Innungsbank hinterlegt werden sollten, so hätten sie es auf Vorschlag des Vorstandes getan. Sie seien also in dem Glauben gewesen, daß das Geld dort ebenso sicher aufbewahrt würde wie bei jeder anderen Bank.

Der Vorsitzende gibt dann näheren Aufschluß über die jetzige Aufbewahrung der Bestände und berichtet hierzu in etwa folgender Weise:

Sofort nach dem Tode des früheren Vorsitzenden sei seitens der Kammer ein Stahlfach in der hiesigen Braunschweiger Bank und Creditanstalt A.-G. gemietet und in diesem die Zinsscheine von den vorhandenen Wertpapieren niedergelegt und die Mäntel der Wertpapiere im Geldschrank der Handwerkskammer untergebracht. Nur die Mäntel der Wertpapiere für den Stipendienfonds seien schon früher im Leihhause deponiert und könnten dort auch nur mit ministerieller Genehmigung abgehoben werden. Auch in letzter Zeit seien noch verschiedene Wertpapiere angeschafft, die ebenfalls in dem Stahlfache niedergelegt seien. Hierzu habe er selbst und Herr Göcke je einen Schlüssel und es sei zwischen ihnen beiden und dem Sekretär bei der Braunschweiger Bank und Kreditanstalt die schriftliche Erklärung abgegeben, daß die Oeffnung des Safes nur in Gegenwart dieser drei Personen, für die als eventueller Stellvertreter noch Herr Froböse namhaft gemacht sei, möglich sein solle. Da nun auch im Bureau der Kammer tagtäglich Geldbeträge eingingen, habe er erst in letzter Zeit noch die Bestimmung getroffen, daß, sobald ein größerer Betrag sich angesammelt habe, dieser sofort an das hiesige Bankgeschäft Lehmann Oppenheimer & Sohn abgeführt werden solle, und daß zu dem Zweck bei dieser Firma ein Depositenkonto errichtet sei.

Daraus sei doch ohne weiteres ersichtlich, daß man für die Sicherheit der Kammergelder jetzt genügend Vorsorge getroffen habe.

Herr Kayser-Helmstedt kann sich nicht damit befrieden, daß die Gelder einfach niedergeschlagen werden. Er vertritt vielmehr den Standpunkt, daß der Vorstand der Kammer wenigstens etwas dafür verantwortlich zu machen sei, da es sich doch um große Summen handle, die nicht in einem Jahre veruntreut sein könnten. Sollten nun gar sämtliche Kammermitglieder unter die Verantwortung fallen, so komme ganz entschieden der Vorstand zunächst in Frage und er möchte bitten, diesen doch wenigstens für einen Teil der Beträge zur Verantwortung zu ziehen.

Herr Kiehne-Wolfenbüttel stellt den Antrag auf Schluß der Debatte und Abstimmung.

Herr Göcke-Braunschweig erwidert zunächst auf die von Herrn Kayser dem Vorstände gemachten Vorwürfe, indem er darauf hinweist, daß an dem Hauptetat der Kammer nicht ein Pfennig fehle. Was fehle, seien Gelder, von deren Höhe sämtliche Vorstandsmitglieder überhaupt keine Ahnung gehabt hätten. Wiederholt habe er den verstorbenen Vorsitzenden vergeblich um Regelung der Angelegenheit ersucht. Auch die auswärtigen Vorstandsmitglieder und die Mitglieder des Rechnungsausschusses hätten wiederholt um Auskunft ersucht, doch sei ihnen dieses stets kurzer Hand abgeschlagen. Die Gelder der Nebenetats, wie Stipendienfonds, Lehrlingsheim usw. hätten sich übrigens erst in den letzteren Jahren so erheblich angesammelt.

Danach wird der von Herrn Kiehne gestellte Antrag auf Schluß der Debatte angenommen.

Alsdann läßt der Vorsitzende darüber abstimmen, ob

1. gegen die Innungsbank zu Braunschweig Forderungen erhoben werden sollen;
2. die in einzelnen Nebenetats der Kammer fehlenden Gelder, die in keiner Beziehung zu den Handwerkskammerbeiträgen stehen und aus Sondereinnahmen sich zusammensetzen, niedergeschlagen werden sollen.

Die Abstimmung ergibt, daß

1. an die Innungsbank zu Braunschweig keine Forderung gestellt werden soll;
2. die in den Nebenetats fehlenden Beträge niedergeschlagen, dagegen der Vorstand ermächtigt werden soll, die fehlenden öffentlichen Zuwendungen durch Auffüllung aus den früher schon angesammelten Ueberschüssen verschiedener Nebenetats nach und nach wieder zu ersetzen.

Herr Wienecke-Braunschweig bemerkt noch, daß er sich der Abstimmung enthalten habe und zwar deshalb, weil seiner Meinung nach die Kammermitglieder verpflichtet seien, in ihren Innungen Aufschluß über die fehlenden Gelder zu geben und dieses nach dem bisher Gehörten nicht möglich wäre. Die Schornsteinfeger-Innung zu Braunschweig z. B. wäre nur eine kleine Innung, trotzdem habe sie jährlich bestimmte Beträge für das Erholungsheim usw. gezahlt. Mit Recht würden nun die Mitglieder dieser Innung verlangen, zu erfahren, wie diese Gelder wieder aufgebracht werden sollten.

Der Vorsitzende entgegnet hierauf, daß die Gelder des Erholungsheims, Altersheims und Kinderferienheims als vollständig gedeckt angesehen werden könnten. Was fehlte, seien in der Hauptsache Beträge aus der Wirtschaftskasse des Gildehauses, von Einschreib- und Prüfungsgebühren. Wünsche er noch nähere Aufklärung, so würde ihm diese jederzeit im Bureau der Handwerkskammer erteilt.

Eine weitere Anfrage des Herrn Birkholz-Königsutter, ob die bekannt gegebenen Zahlen im „Handwerks-Bote“ veröffentlicht würden, wird vom Vorsitzenden verneint.

Danach tritt eine halbstündige Pause ein, nach deren Beendigung die Verhandlungen fortgesetzt werden.

Bevor zum Punkt 3 der Tagesordnung übergegangen wird, gedenkt der Vorsitzende zunächst mit warmen Worten der Verdienste des verstorbenen stellvertretenden Vorsitzenden der Kammer, Schlossermeisters C. Behrens, und bittet die Anwesenden, sich zu Ehren des Verstorbenen von den Plätzen zu erheben, was auch geschieht.

### **III. Bericht der Kommission für die Errichtung eines Handwerker-Erholungsheims im Harz.**

Herr Meyer-Braunschweig erstattet hierzu nachstehenden Bericht:

Meine sehr geehrten Herren! Als Kommissionsmitglied für die Errichtung des Handwerker-Erholungsheims bin ich vom geschäftsführenden Vorstände der Handwerkskammer beauftragt, Ihnen Bericht zu erstatten über den augenblicklichen Stand dieses Projektes.

Nachdem die letzte Vollversammlung der Handwerkskammer sich damit einverstanden erklärt hatte, die Erträgnisse der verschiedenen Sammlungen als Altersheim, Ferienheim, Erholungsheim zusammen zu werfen, um wenigstens einen dieser Pläne und zwar das Erholungsheim in die Wirklichkeit zu übersetzen, wählten Sie eine Kommission, welcher außer dem verstorbenen ehemaligen Vorsitzenden der Handwerkskammer noch die Kammermitglieder, Herren Eicke, Göcke, Müller und meine Wenigkeit angehören. Diese Kommission hatte den Auftrag, einen entsprechenden Platz im Harze auszusuchen, um Ihnen denselben in Vorschlag zu bringen.

Es wird den meisten von Ihnen inzwischen bekannt geworden sein, daß ein Platz im Söse-tale unweit Wolfshagen als besonders geeignet für die Lage eines Erholungsheims in Aussicht genommen war und auch zugleich Schritte getan sind bei Herzogl. Staatsministerium, um diese Stelle, welche fiskalisches Eigentum ist, in Erbpacht zu erwerben.

Das bisher gewohnte freundliche und hilfsbereite Entgegenkommen des Herzogl. Staatsministeriums blieb auch in diesem Falle nicht aus, und liegt die Sache eben so, daß es nur der Unterschrift und Garantiezeichnung der Handwerkskammer bedarf, und wir wären Pächter eines idyllisch gelegenen Berggeländes im Harze, wenn — ja nun kommt das fatale wenn — wenn nicht zwei Dinge sich der Sache hindernd in den Weg gestellt hätten: 1. Die Platzfrage an und für sich und 2. der Mangel an den nötigen Geldmitteln zum Bau eines Erholungsheims.

Die erste Bremsung in der Entwicklung der Sache war, wie Ihnen größtenteils auch bekannt sein wird, der Vorschlag, welcher auf dem Handwerkertage in Vorsfelde gemacht wurde, ein Terrain unweit Seesen an der südöstlichen Grenze des dortigen Kurgartens gelegen, sich anzusehen, da es schöner und geeigneter zur Errichtung des geplanten Heims sein sollte, als dasjenige im Sösetale.

Die Platzkommission hat dem Wunsche des Handwerkertages Rechnung getragen und den Platz besichtigt.

Die Kommission ist in ihrer Mehrheit der Ansicht, daß der Seesener Platz geeigneter für den Bau des Handwerker-Erholungsheims sei als der bei Wolfshagen gelegene, eine Ansicht, der sich auch unser verehrter Kommissar ganz und gar anschließt. So sind für die Lage bei Seesen drei wichtige Punkte anzuführen: 1. die Wasserfrage (Wasserversorgung) des Heims, welche im Sösetale eventl. Schwierigkeiten gemacht hätte, ist hier vollständig gelöst. Ein städtisches Wasserreservoir liegt oberhalb des geplanten Platzes, auch ist eine ergiebige Quelle auf dem Terrain vorhanden; 2. ist der städtische Kurpark Seesen hart angrenzend, welcher in seiner reizenden Anlage mit seinen Gängen und Ruheplätzen für Bewohner des Heims, die größere Wald- und Bergtouren nicht lieben, ein angenehmer Aufenthalt ist; 3. möchte dann noch die nahe, ca. 25 Minuten entfernte Stadt Seesen von Wichtigkeit sein. Dieselbe bietet eine vortreffliche Fundgrube für die Bedürfnisse des menschlichen Lebens, wie es die lecker ausgestatteten Läden der Schlachter und Bäcker beweisen. Die Kommission hat mit dem bekannten Braunschweiger Kennerblick schon am äußeren Ansehen der Wurstsorten die Güte des Innern konstatieren können. Wenn man nun noch die gute Bahnverbindung, worunter auch Schnellzüge nicht fehlen, erwägt, möchte wohl die Waagschale für Seesen tief sinken.

Diese neu aufgeworfene Frage der Platzwahl würde also auch zu Ihrer Entscheidung stehen, und es wäre vielleicht erwünscht, wenn Sie sich schon im Prinzip für einen Platz heute entscheiden würden.

Der zweite besonders kräftig wirkende Hemmschuh zur baldigen Ausführung des Erholungsheims ist, wie gesagt, der Mangel an Geldmitteln zum Bau des Heimes. Mit Recht wies unser verehrter Herr Kommissar in der vor kurzem stattgefundenen Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses der Handwerkskammer darauf hin, daß, so wünschenswert die baldige Errichtung des geplanten Heims auch sei, wir doch nicht mit Schulden anfangen dürften und wir bestrebt sein müßten, das Geld zum Erwerb und Bau des Heimes ganz zur Hand zu haben. Dazu würde eine Summe von 50 000 Mk. vorläufig genügen. Wenn nun die Braunschweiger Handwerker dann noch durch eine garantierte Beteiligung der Innungsmitglieder den Betrieb und Bestand des Heims sichern, würde eine namhafte Unterstützung seitens des Staats und auch der Stadt Braunschweig dazu beitragen, die Summe von 50 000 Mk. zu erreichen.

Meine sehr geehrten Herren! Es ist selbstverständlich eine Ehrensache der Braunschweiger Handwerker, diesen gefaßten Plan zum Bau eines Handwerker-Erholungsheims energisch zu verfolgen und zu fördern. Se. Hoheit der Regent, welcher uns schon in diesem Jahre 5000 Mk. zu diesem Zwecke stiftete, hat uns, wie Sie wissen, die gleiche Summe für nächstes Jahr in Aussicht gestellt. Wenn nun von Seiten der höchsten Stellen des Landes uns solche Beweise von Interesse für unseren Stand dargebracht werden, so muß uns dieses nicht nur mit aufrichtiger Freude und Dankbarkeit erfüllen, sondern wir müssen auch zeigen, daß wir gewillt sind, selbst kräftig Hand mit anzulegen und etwas zu schaffen, welches der Ehre und dem Ansehen unseres Standes förderlich und dienlich ist. Ich muß auch hier wieder hinweisen auf die guten Worte, welche unser Herr Geh. Regierungsrat Dr. Stegmann dieser Art für das Handwerk mit Freude begrüßt, da es geeignet sei, dem Handwerk einen innerlichen Zusammenhang zu bringen und zugleich die Leistungsfähigkeit des Handwerks zu stärken, und daß zur Erreichung eines solchen Zweckes, welcher das Standesinteresse hebe und später mit Stolz gewürdigt werde, der Staat nach besten Kräften seine Hilfe leihen würde. Meine Herren, das Braunschweiger Handwerk hat nach den traurigen Vorkommnissen des letzten Vierteljahres eine schwere Krise durch-

gemacht, sorgen wir dafür, daß es nicht nach außen den Anschein gewinnt, als ob Kopfhängerei und Mutlosigkeit bei uns eingekehrt wäre; nein ein frischer fröhlicher Wagemut, ein stolzes Streben für den Stand, welchem wir angehören, soll uns be-seelen. Tatkraft ist der Lebensnerv des Handwerks, und daß dieser Nerv noch bei uns gesund ist, wollen wir zeigen, indem wir unseren schönen Plan, die Schaffung eines eigenen Erholungsheims zur Wirklichkeit werden lassen. Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg — darum lassen Sie uns wollen! Das nächste was zu tun ist, ist, daß wir in unseren Innungen erfahren, wie stark durchschnittlich der Besuch von Mitgliedern sein würde, danach kann jede Innung eine kleinere oder größere Garantie übernehmen für die Frequenz des Heimes, denn nur diese gesicherte Frequenz ist die Grundlage für das Zustandekommen des schönen Planes. Jeder Obermeister muß in seiner Innung durch Aufklärung über diese zukünftige Wohlfahrtseinrichtung unter seinen Mitgliedern Propaganda machen und dabei feststellen, wie stark die Beteiligung und danach die Garantieübernahme sein wird. Der Obermeistertag, welcher in der ersten Hälfte des Januar stattfinden soll, bietet eine brillante Gelegenheit, die Sache zu be-sprechen. Auch für diese Tagung ist uns wieder von dem Herzogl. Staatsministerium dank der Fürsprache unseres geschätzten Kommissars eine Beihilfe zu den Reisespesen in Aussicht gestellt, wofür wir nächst Se. Exzellenz dem Herrn Staatsminister unserem treuen Berater, dem Herrn Geh. Regierungsrat Dr. Stegemann, von Herzen dankbar sein wollen, welches wir am besten dadurch beweisen, wenn wir dem Wahlspruch: Es ehrt sich selber, wer sein Handwerk ehrt! Treue bewahren.

Der Vorsitzende dankt Herrn Meyer für diese Ausführungen und stellt sodann die Frage, wie sich die Anwesenden die Aufbringung der Gelder dächten.

Herr Märtens-Braunschweig bittet den Beschluß der vorjährigen Vollversammlung aufrecht zu erhalten, wonach dahin gewirkt werden sollte, daß jeder Handwerksmeister des Herzogtums 1 Mark zahlte.

Herr Geh. Regierungsrat Dr. Stegemann macht hiernach etwa folgende Ausführungen:

Wie aus dem Referate hervorginge, hätte es sich zunächst um einen Platz in der Nähe von Wolfshagen gehandelt. Diesen habe er gelegentlich selbst in Augenschein genommen und er halte ihn an sich für sehr geeignet. Der nachträgliche Vorschlag aber, das Erholungsheim in der Nähe der Stadt Seesen zu erbauen, sei entschieden ebenfalls beachtenswert und nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen. Bezüglich Ueberlassung des Platzes bei Wolfshagen habe sich die Handwerkskammer bereits an die Herzogl. Kammer, Direktion der Forsten, gewandt, und diese hätte Herzogl. Staatsministerium den Pachtvertrag zur Genehmigung eingereicht. Die Angelegenheit wäre also soweit gediehen, daß Herzogl. Staatsministerium den Vertrag nur zu genehmigen und der Vorstand der Kammer ihn nur zu unterschreiben brauche, um in den Pachtbesitz der fraglichen Forstgrundfläche zu gelangen. Herzogl. Staatsministerium trage jedoch Bedenken diese Genehmigung auszusprechen, bevor die Handwerkskammer nicht volle Garantie für die Durchführung des Planes biete. Es würde deshalb seiner Meinung nach zunächst durchaus angebracht sein, daß die Handwerkskammer bestimmte Grundsätze aufstellte, aus denen klar ersichtlich sei, was mit der Errichtung des künftigen Heims bezweckt werde. Diese Klarstellung würde wahrscheinlich auch dazu beitragen, daß noch Mittel für dasselbe zusammengebracht würden, denn ohne daß man wisse, wofür man eigentlich bezahle, würde man nicht so ohne weiteres etwas bewilligen. Sei dann die Errichtung des Heims gesichert, so müßte für einen ausreichenden Besuch desselben Sorge getragen werden, was wohl am besten in der Weise geschähe, daß die Innungen des Herzogtums sich verpflichteten, den Besuch des Heims auf 5—10 Jahre hinaus in ausreichendem Umfang zu garantieren und zwar dadurch, daß sie sich für ein, zwei oder mehr Mitglieder das Wohnungsrecht auf 8 bis 14 Tage sicherten und dafür einen entsprechenden Geldbetrag, den der betreffende Erholungsbedürftige der Innung wieder zu erstatten hätte, zahlten, oder daß sie nur für einen bestimmten Betrag, den der betr. Erholungsbedürftige selbst für den Aufenthalt im Erholungsheim zu zahlen hätte, Garantie leisten müßten. Auf diese Weise würden die Betriebskosten und die Unterhaltung des Heims gesichert, was seiner Meinung nach nicht allzu schwer fallen könnte, da es sich doch um eine Einrichtung zur Hebung des Handwerkerstandes

handle, die wiederum dazu beitrüge, das Standes- und Selbstbewußtsein der Handwerker zu stärken. Würde dann noch der Staat eine erhebliche Beihilfe leisten und eventuell auch die Stadt zur Unterstützung des Planes bereit sein, so müßte seiner Ansicht nach das Vorhaben wohl lebensfähig sein. Natürlich müßte man klein anfangen und allmählich aufbauen. Zunächst sei es ratsam, eine kleine Bauskizze ausführen zu lassen, um zu sehen, wie sich das in Frage kommende Terrain am zweckmäßigsten und vorteilhaftesten bebauen ließe.

Er betone nochmals, das nächste, was in der Angelegenheit geschehen müsse, sei ein klares Programm über die Einrichtung und Durchführung des Planes der Gründung eines Handwerker-Erholungsheims aufzustellen, und er möchte wünschen, daß diese Aufgabe heute erfüllt werde.

Herr Kiehne-Wolfenbüttel äußert sich zunächst dahin, daß begonnen sei mit den Sammlungen für ein Altersheim und für ein Kinderferienheim. Es sei doch nun wohl nicht möglich, daß die dafür aufgebrachten Gelder einfach dem Fonds des Erholungsheims überwiesen würden. Zum mindesten müßten doch die Innungen, die diese Gelder gestiftet hätten, erst ihre Genehmigung dazu erteilen. Die Schlosser-Innung Wolfenbüttel z. B. sei bei der Bewilligung der Gelder davon ausgegangen, daß es für Unterstützungszwecke bestimmt gewesen sei. Dieses wäre nun fallen gelassen und seit einigen Jahren die Errichtung eines Erholungsheims erörtert. Inzwischen sei wieder die Gründung einer Alters-Rentenkasse vorgeschlagen, was seiner Meinung nach wohl am notwendigsten wäre. Ein Erholungsheim sei zwar eine sehr schöne Einrichtung. Wollte man aber die Unterstützung von Handwerksmeistern im Auge behalten, so sei es richtiger, einen Fonds dafür zu gründen und er möchte deshalb bitten, mit allen Mitteln die Gründung der Alters-Rentenkasse zu erstreben.

Herr Märtens-Braunschweig berichtet, daß er in seiner Innung ganz in dem von Herrn Geh. Regierungsrat Dr. Stegemann vorgeschlagenen Sinne gewirkt und die Innung jährlich 50 Mk. für die Errichtung des Erholungsheims bewilligt habe. Er möchte bitten, auch in anderen Innungen in der gleichen Weise zu wirken und er ist auch der Ansicht, daß wohl kaum Einwendungen dagegen erhoben würden, wenn die für das Alters- und Kinderferienheim bewilligten Gelder für das Erholungsheim mit verwandt würden. Die Gründung einer Alters-Rentenkasse sei eine völlig andere Angelegenheit.

Herr Meyer-Braunschweig macht darauf aufmerksam, daß ein Beschluß der Vollversammlung vorläge, ein Erholungsheim zu errichten, und daß eine Kommission gewählt wäre, die die Angelegenheit weiter vorzubereiten hätte. Es sei daher doch zwecklos, noch darüber zu debattieren, ob ein Erholungsheim überhaupt errichtet werden sollte oder nicht. Wenn ferner, wie schon in seinem Referate erwähnt, Se. Hoheit der Herzogregent 5000 Mark gestiftet und für das nächste Jahr die gleiche Summe in Aussicht gestellt habe, so sei es doch selbstredend, daß diese Summe nicht für ein Altersheim bestimmt sei. Die Ausführung des Gedankens sei nicht so schwer und zudem in greifbare Nähe gerückt, wohingegen die bereits gemachten Berechnungen über die angeregte Altersrentenkasse gezeigt hätten, daß diese Kasse wahrscheinlich überhaupt nicht ins Leben treten könnte, da die jüngeren Handwerksmeister sich fast gar nicht daran beteiligten. — Heute handele es sich darum, daß die Anwesenden sich über die Wahl des Platzes schlüssig würden.

Herr Geh. Regierungsrat Dr. Stegemann weist darauf hin, daß es sich nach der heutigen Tagesordnung nicht um die Gründung der Alters-Rentenkasse handele, sondern um die Errichtung des Handwerker-Erholungsheims und daß es unbedingt nötig wäre, daß die Anwesenden sich über dieses Projekt schlüssig würden, da ja ein offizieller Antrag wegen Ueberlassung des Platzes bei Wolfshagen vorläge, der erledigt werden müsse. — Da er nun schon aus den bisherigen Ausführungen ersähe, daß die Versammlung in den Grundfragen auseinander ginge, so sähe er sich genötigt, seine Ausführungen noch zu erläutern. Sollte das Heim nur für Unterstützungsbedürftige gebaut werden, so würde nach seinen Informationen die Stadt Seesen keinen Platz dafür zur Verfügung stellen. Auch handele es sich dann um eine völlig andere Finanzierung. Denn wenn nur Unterstützungsbedürftige in dem Heim Aufnahme fänden,



so könnte doch von diesen keine volle Pension erhoben werden. Es müßte dann vielmehr ein ganz bedeutendes Kapital als Stiftung angesammelt werden, was in absehbarer Zeit wohl schwerlich zu erreichen sei. Er wolle nochmals hervorheben, daß heute unbedingt Klarheit über das Gewollte geschaffen werden müsse. Es sei allerdings richtig, wie Herr Kiehne sage, daß die für das Alters- und das Kinderferienheim gestifteten Gelder so lange für diese Zwecke zur Verfügung gehalten werden müßten, bis die Spender ausdrücklich sich damit einverstanden erklärt hätten, daß die Beträge dem Fonds des Erholungsheims überwiesen werden sollten.

Herr Kayser-Helmstedt hält den Platz bei Seesen für geeigneter als den bei Wolfshagen. Er kann es jedoch der Stadt Seesen nicht verdenken, wenn sie für ein nur für Unterstützungsbedürftige bestimmtes Heim keinen Platz zur Verfügung stellen will. Nach dem von Herrn Geh. Regierungsrat Dr. Stegemann Vorgetragenen handele es sich in der Hauptsache nur darum, die Lebensfähigkeit des Heims zu sichern, und dieses könne seiner Meinung nach nicht schwer fallen, da die Innungen nur verhältnismäßig kleine Opfer zu bringen hätten.

Herr Vogel-Seesen begrüßt die Errichtung des Erholungsheims mit Freuden und bedauert, von vielen Handwerksmeistern zu hören, daß ein Erholungsheim ja doch nichts nütze, und daß in Anbetracht der schlechten Zeiten keine Mittel dafür übrig seien. Er teilt dann mit, daß er das in Harzburg seitens der Handelskammer bald fertig gestellte Erholungsheim vor kurzem besichtigt habe und sich freue, daß auch die Handwerksmeister etwas ähnliches sich schaffen wollten.

Herr Winkler-Seesen bittet, es bei dem Erholungsheim zu belassen. Befänden sich Mitglieder der Innung in unterstützungsbedürftiger Lage, so könnten diese ja trotzdem innungsseitig einen Zuschuß zum Besuch des Erholungsheims bekommen.

Herr Liesmann-Blankenburg bemerkt, daß die Maler-Innung Blankenburg dem geplanten Erholungsheim ebenfalls sympatisch gegenüberstehe.

Herr Meyerhoff-Braunschweig vermißt in den Ausführungen Angaben über die zur Errichtung des Handwerker-Erholungsheims nötigen Mittel für Aufbringung der Pacht, Erbauung und innere Einrichtung des Heims usw. und bittet, ihm zunächst vom Vorstände Aufklärung hierüber zu geben.

Der Vorsitzende entgegnet, daß für den Bau eines Wirtschaftsgebäudes, das gleichzeitig zu Wohnungszwecken mit eingerichtet werden müsse, etwa 60—70 000 Mk. erforderlich sein würden, das Inventar dabei eingeschlossen. Bevor jedoch etwas ausgearbeitet werden könnte, müßten feste Unterlagen geschaffen werden. In der Hauptsache käme es, wie schon wiederholt erwähnt, darauf an, den späteren Betrieb des Heims zu sichern.

Herr Geh. Regierungsrat Dr. Stegemann gibt danach einige Mitteilungen über das von der Handelskammer in Bad Harzburg errichtete Kaufmanns-Erholungsheim.

Herr Vehe-Braunschweig erwähnt, daß auch in seiner Innung, der Barbier- usw. Innung zu Braunschweig Sammlungen für das Altersheim und Kinderferienheim vorgenommen seien. Es wäre ihm indes nichts leichter geworden, als die Innungsmitglieder umzustimmen, diese Beträge dem Fonds für das Erholungsheim zu überweisen. Des ferneren habe die Innung beschlossen, das Heim mindestens 5 Wochen im Jahre von Innungsmitgliedern besuchen zu lassen. Erklärte sich keiner zum Besuche bereit, so würde der betr. Betrag seitens der Innung doch gezahlt. Würden in den Innungsversammlungen die guten Zwecke, die mit der Gründung des Erholungsheims verfolgt würden, überzeugend vorgetragen, so bleibe der Erfolg sicher nicht aus. Er möchte bitten, ganz energisch dafür einzutreten, daß das Erholungsheim möglichst bald geschaffen würde, zumal nicht nur die Handwerksmeister selbst, sondern auch deren Frauen es besuchen könnten.

Herr Hardeweg-Helmstedt ersucht auf dem im Januar stattfindenden Obermeistertage für das Erholungsheim einzutreten.

Herr Meyer-Braunschweig gibt einen Ueberblick über die Lage und Beschaffenheit der beiden in Frage kommenden Plätze.

Herr Ohse-Braunschweig befürwortet den Seesener Platz.

Herr Zencker-Braunschweig empfiehlt, den geplanten Obermeistertag statt in

Gandersheim in Seesen abzuhalten, da dann der in Frage kommende Platz von den Obermeistern einmal in Augenschein genommen werden könnte.

Der Vorsitzende entgegnet, daß, bevor hierüber Beschluß gefaßt werden könnte, Klarheit darüber herrschen müßte, ob das Heim nur für unterstützungsbedürftige oder für alle erholungsbedürftige Handwerksmeister geöffnet sein sollte, da im ersteren Falle Seesen nicht in Frage komme.

Schließlich wird folgendes beschlossen:

Falls der Vorstand der Handwerkskammer wegen Ueberlassung des zur Erbauung des Handwerker-Erholungsheims in Frage kommenden Platzes bei Seesen einen günstigen Abschluß herbeiführen kann, wird dieser Platz zur Erbauung des Heims für Handwerksmeister im allgemeinen (nicht nur für unterstützungsbedürftige) bevorzugt.

Nach kurzer Debatte wird weiter beschlossen, den im Januar n. Js. in Aussicht genommenen Obermeistertag nicht in Gandersheim, sondern in Seesen abzuhalten, um den Innungsoberrmeistern Gelegenheit zur Besichtigung des für das Erholungsheim in Frage kommenden Platzes zu geben und dadurch das Interesse bei ihnen für das geplante Unternehmen zu fördern.

#### IV. Verschiedenes.

Der Sekretär gibt bekannt, daß von Herrn Zencker-Braunschweig als Vertreter der Uhrmacher-Innung und der Juwelier-, Gold- und Silberschmiede-Innung noch ein Antrag eingebracht sei. Er verweist hierbei auf § 26 der Satzungen der Handwerkskammer, wonach über Anträge, die erst während der Tagung selbst eingebracht werden, verhandelt werden dürfe, falls diese wenigstens von zehn Mitgliedern unterstützt würden. Da diese Vorbedingung erfüllt sei, so ständen keine Bedenken der Verhandlung über den Antrag entgegen. Derselbe habe folgenden Wortlaut:

Die Handwerkskammer wolle beschließen, bei der Staatsregierung dahin vorstellig zu werden, es möchte, ähnlich dem Verbot über das Dulden von Glücksspielen an öffentlichen Versammlungsorten, den Inhabern von Restaurationen und Gastwirtschaften bei gesetzlicher Strafe verboten werden, in ihren Gaststuben wissentlich das Feilbieten von Gold- und Silberwaren, Bruchgold und Bruchsilber, Taschenuhren, Schmucksachen und Bijouterien, die gemäß § 50 Abs. 2 Ziff. 3 und 11 der Reichsgewerbeordnung vom Ankauf oder Feilbieten im Umherziehen ausgeschlossen sind, zu dulden.

Herr Zencker-Braunschweig begründet diesen Antrag näher und bittet um Annahme desselben.

Herr Geh. Regierungsrat Dr. Stegemann macht darauf aufmerksam, daß ein Antrag bei der Herzoglichen Staatsregierung keine Aussicht auf Erfolg haben könne, da der Antrag sich gegen bestehende reichsgesetzliche Bestimmungen richte. Es müßte wohl zunächst bei den übrigen Handwerks- und Gewerbekammern angefragt werden, wie sie sich zu dem vorliegenden Antrag stellten.

Der Sekretär führt dazu aus, daß die Handwerkskammer den Antrag prüfen und ihn dann dem Deutschen Handwerks- und Gewerbekammertage als der Zentrale der deutschen Handwerks- und Gewerbekammern zur weiteren Veranlassung überweisen werde.

Die Versammlung ist hiermit einverstanden.

Hiernach bringt Herr Kiehne-Wolfenbüttel einige Wünsche zur Sprache. — Zunächst weist er darauf hin, daß die verschiedenen bei der Handwerkskammer bestehenden Ausschüsse und Kommissionen kaum jemals seit dem Bestehen der Kammer zusammengetreten seien. Er wolle nur erinnern an den Ausschuß für das gewerbliche Fortbildungs- und Fachschulwesen, dem auch er angehöre, und der in der wichtigen Frage des Fortbildungsschulwesens bisher noch nichts getan habe. Durchaus zweckmäßig würde es doch sein, wenn diese Ausschüsse des öfteren zusammenberufen würden und alsdann dem Vorstände der Handwerkskammer Bericht über ihre Beratungen zu erstatten hätten. — Des ferneren hätten bekanntlich seinerzeit verschiedene Handwerksmeister bzw. Gesellen seitens der Handwerkskammer einen Zuschuß zum Besuche der Pariser Weltausstellung erhalten, und seien die von diesen über die Ausstellung erstatteten Berichte gedruckt und an die Kammermitglieder, Obermeister usw. verschickt.

Er hielte es nun für sehr angebracht, wenn auch die von den Besuchern der Brüsseler Weltausstellung usw. erstatteten Berichte gedruckt und verschickt würden. — Schließlich kommt er noch auf die Landtagswahlen zu sprechen, wozu er bemerkt, daß seiner Meinung nach die Handwerksmeister sich zu wenig um die kürzlich stattgehabten Wahlen bekümmert hätten. Unbedingt müsse darauf hingewirkt werden, daß sie hierbei mehr Einfluß bekämen.

Herr Kayser-Helmstedt bringt das Fortbildungsschulwesen zur Sprache und führt insbesondere an, daß in der Stadt Helmstedt die Fortbildungsschulstunden auf 30 erhöht seien, was große Erbitterung bei den Handwerksmeistern hervorgerufen habe.

Herr Hardeweg-Helmstedt stellt die Frage, ob es nicht möglich sei, dahin zu wirken, daß die jungen Leute nicht bis zum 18. Lebensjahre die Schule zu besuchen hätten, sondern nur bis zur Beendigung ihrer Lehrzeit.

Herr Geh. Regierungsrat Dr. Stegemann führt dazu aus, daß es innerhalb der festgelegten Grundsätze wohl möglich sei, eventuell begründete Wünsche zu vertreten. Wenn in den Statuten für die Fortbildungsschule im allgemeinen gesagt sei, der Schulzwang hätte sich bis zum 18. Jahre zu erstrecken, so entspräche dieses den Bestimmungen der Reichsgewerbeordnung. Vor allem sollte aber durch diese Vorschrift eine etwaige Umgehung der festgelegten Bestimmungen verhindert werden. Ob eine solche Umgehung zu besorgen sei, wenn der Schulzwang auf Handwerkslehrlinge beschränkt werde, müsse sorgfältig erwogen werden, und sei eine Aussprache hierüber sehr erwünscht.

Es entspinnt sich noch eine längere Diskussion über das Fortbildungsschulwesen, an der sich insbesondere die Herren Lutterberg-Holzminden, Meyer-Braunschweig, Ließmann-Blankenburg, Kiehne-Wolfenbüttel, Meyerhoff-Braunschweig, Wilhelm-Seesen und Cassel-Schöppenstedt beteiligen und in der Herr Geh. Regierungsrat Dr. Stegemann verschiedene Auskünfte erteilt.

Hiernach wird die Frage angeschnitten, wieviel Stunden am Tage die Lehrlinge beschäftigt werden dürften.

Der Sekretär erwidert, daß diese Frage mit Rücksicht auf die mannigfaltigen bezüglichlichen Bestimmungen der Reichsgewerbeordnung nicht so ohne weiteres zu beantworten sei, daß er jedoch einen aufklärenden Artikel über dieses Thema in einer der nächsten Nummern des „Handwerks-Bote“ veröffentlichen wolle.

Herr Hardeweg-Helmstedt teilt mit, daß seitens der Handelskammer zu Braunschweig ein Rundschreiben an die Schulen des Herzogtums gesandt sei betr. die Berufswahl der die Schule verlassenden Knaben und bittet um Auskunft, ob es nicht auch zweckmäßig sei, wenn seitens der Handwerkskammer in dieser Weise etwas geschähe.

Herr Geh. Regierungsrat Dr. Stegemann bemerkt hierzu, daß es sich vorläufig nur um einen von der Handelskammer unternommenen Versuch handle und daß es vielleicht ratsam sei, wenn die Handwerkskammer die hiermit zu machenden Erfahrungen abwarte. Empfehlen möchte er allerdings, daß die Handwerkskammer eine geordnete Lehrstellenvermittlung nicht nur für die Stadt, sondern über das ganze Land hinaus zu erstreben suche, um sich dadurch einen guten Zugang im Handwerk zu sichern, da ja das Handwerk nur durch tüchtigen Nachwuchs gekräftigt werden könnte.

Der Sekretär fügt hinzu, daß auch er es empfehlen möchte, die Erfahrungen, die die Handelskammer mit den Versuchen der Einführung einer Lehrstellenvermittlung mache, abzuwarten und dann der Angelegenheit näher zu treten.

Herr Meyer-Braunschweig legt der Lehrlingsfrage schwerwiegende Bedeutung bei. Er bedauert die im Handwerk herrschende mangelhafte Lehrlingsnachfrage, die unbedingt gehoben werden müsse und zwar dadurch, daß die Handwerksmeister selbst Opfer brächten, vielleicht durch Erhöhung des Kostgeldes.

Danach beantwortet Herr Geh. Regierungsrat Dr. Stegemann noch eine Anfrage des Herrn Kayser-Helmstedt betr. die Neubesetzung der Meisterprüfungskommissionen.

Der Vorsitzende gibt Herrn Brauckmeier-Braunschweig Auskunft über die Handhabung der Lehrlingsvorschriften.

Herr Meyer-Braunschweig bittet um Mitteilung des Termins der Wahlen zur Handwerkskammer, damit die Innungsobermeister ihre Versammlungen danach anberaumen könnten.

Herr Geh. Regierungsrat Dr. Stegemann erwidert, daß er zunächst die dabei zu beobachtenden Fristen prüfen müsse, daß jedoch die Beisitzer der Wahlkommission gleich in der heutigen Versammlung gewählt werden könnten.

Dies geschieht und werden gewählt die Herren Froböse-Braunschweig und Cassel-Schöppenstedt.

Hiernach wird die Sitzung vom Vorsitzenden mit kurzen Dankesworten um 4 $\frac{1}{2}$  Uhr nachmittags geschlossen.

Der Vorsitzende:

Louis Eicke.

Der Sekretär:

R. Baumgarten.

